

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinrich Jahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Tel. 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Steigende Preise und niedrige Löhne.

Die Regierung bemüht sich, die Preise zu senken. Eine Preisverbilligungsmaßnahme nach der anderen wird verkündet, und trotzdem ist für die wichtigsten Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel seit Wochen eine fortgesetzte Preissteigerung zu beobachten, die in allerjüngster Zeit sehr fühlbar geworden ist. Die Arbeitgeber lehnen in den Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne und Gehälter seit Monaten jede Forderung der Arbeitnehmer ab, „um den Preisabbau nicht aufzuhalten“ oder

„um die Preisenkungsaktion der Regierung nicht zu gefährden“.

In der Fassung allgemein bestehender Ausreden, um eine den Verhältnissen entsprechende Heraufsetzung der Löhne und Gehälter abzulehnen, heissen die Arbeitgeber zweifellos eine gewisse Virtuosität. Sicher wäre den Arbeitnehmern mit einer mittelbaren Erhöhung ihres Realeinkommens durch eine allgemeine Preisenkung mehr gebient, als durch eine zahllose Herabsetzung ihres Lohnes. Zu dieser Erkenntnis ist durch die Erfahrungen in der Inflationszeit auch der volkswirtschaftlich am wenigsten geschulte Arbeitnehmer gelangt. Deshalb würde es jeder Arbeitnehmer begrüßen, wenn die Bemühungen der Regierung nach Preisenkung Erfolg hätten. Leider muß er aber beobachten, daß trotz Gleichbleibens seines Lohnes, trotz Kohlenpreis- und Frachtherabsetzung, trotz „Reinigung der Betriebe von unproduktiven Kräften“, trotz Verlängerung der Arbeitszeit usw., trotz starker Anspannung seiner persönlichen Arbeitskraft, die Preise immer lustig weiter steigen. Und das besonders Beunruhigendste dabei ist, daß für die nächste absehbare Zeit die Preisentwicklung nach oben noch anhalten wird.

Wie liegen die Dinge? Der tiefste Stand des Lebenshaltungsindezes seit der Marktstabilisierung war am 11. Februar d. J. mit 103 v. H. gegenüber dem Vorkriegsstand erreicht. Die Erhebung vom 15. Oktober zeigt einen Stand von 123 v. H.,

die Lebenshaltung hat sich also um 20 v. H. verteuert.

Die Indeziffer ist in den acht Monaten mit geringfügigen Schwankungen fast unausgesetzt gestiegen. Dabei zeigt eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Friedenspreise zu den jetzigen Preisen für die wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel eine viel größere Steigerung, als in der Sammelindeziffer zum Ausdruck kommt, denn in dieser sind die niedrigen Zwangsmieten enthalten, die nur noch für einen Teil der Arbeitnehmer in Frage kommen. Ferner hatten bekanntlich der Indezifferberechnung auch sonst allerhand grundsätzliche Mängel an, die sich auch schwerlich beseitigen lassen. Die nachstehende Uebersicht der amtlichen Friedenspreise für Berlin und der am 15. d. Mts. vom Berliner Stat. Amt ermittelten Preise liefert hierfür den besten Beweis:

Gewicht	Vorkriegspreis	am Prozentuale	
		15.10.24	Steiger.
	Mt.	Mt.	Proz.
Rindfleisch ohne Knochen	1 kg	1.70	2.60 53
Schweinefleisch, Bauch	1 "	1.40	2.40 71
Speck, fett	1 "	1.60	3.60 125
Butter	1 "	2.60	4.60 77
Margarine	1 "	1.40	1.50 7
Schmelz	1 "	0.60	1.10 83
Eier	1 Stück	0.08	0.18 125
Vollmilch	1 Liter	0.24	0.25 46
Aggenbrot	1 kg	0.28	0.37 32
Weizenmehl	1 "	0.40	0.48 20
Reis	1 "	0.50	0.64 28
Erbsen	1 "	0.40	0.50 25
Bohnen	1 "	0.50	0.60 20
Kartoffeln	1 "	0.07	0.08 14
Kochzucker	1 "	0.45	0.80 77
Steinöl	50 kg	1.70	2.55 50
Brittetas	50 "	1.05	1.45 38

Hiernach ist sich ohne weiteres erweisen, daß das Nominaleinkommen der Arbeitnehmer etwa um die Hälfte höher sein muß, als vor dem Kriege, wenn die gleiche Kaufkraft erreicht werden soll, denn die Beschaffung der übrigen zur Lebenshaltung nötigen Waren, insbesondere Kleidung, sowie die Befriedigung von Kulturbedürfnissen erfordern meistens noch weit höhere Aufwendungen im Verhältnis zum Friedensstand als die Beschaffung der Lebensmittel. Wieviel heute bei den allerbekanntesten Ansprüchen eine fünfköpfige Familie allein für Ernährungsmittel aufzuwenden hat, zeigt einwandfrei folgende Aufstellung:

a) Morgenkaffee:

2 1/2 Pfd. Brot Pfd. 18 1/2 Pfd.	Mt. — 48
1/4 Pfd. Margarine Pfd. 75 Pfg.	— 19
2 Lot Malzkaffee	— 05
1/2 Pfd. Brottag Pfd. 1.20	— 30 Mt. 1.02

b) Mittagstisch:

1 Liter Milch (für Suppe)	Mt. — 35	Uebertrag Mt. 1.02
1/2 Pfd. Grieß oder dgl. Pfd. 24 Pfg.	— 12	
100 g Zucker Pfd. 40 Pfg.	— 08	
7 Pfd. Pfd. Kartoffeln Pfd. 8 Pfg.	— 56	
3 Pfd. Gemüse Pfd. 10 Pfg.	— 30	
100 g Schmalz Pfd. 1.40	— 28	
für Salz, Gewürz, Zwiebel usw.	— 05	Mt. 1.74

c) Nachmittagskaffee:

1 Pfd. Brot	Mt. — 19
1/4 Pfd. Margarine	— 10
2 Lot Malzkaffee	— 03 Mt. — 32

d) Abendstisch:

für die Kinder Suppe, die vom Mittag übrig blieb	
4 Pfd. Kartoffeln Pfd. 8 Pfg.	Mt. — 32
100 g Speck zum Braten der Kartoffeln Pfd. 1.80	— 36
	Mt. — 68

Für den gesamten Tagesbedarf an Lebensmitteln Mt. 3.76
Mithin für den Monat (31 Tage) 116.56

Man beachte genau die in Aufzählung gebrachten Lebensmittel. Von Butter und Fleisch gibt nicht die Rede. Ebenso kann an Zucker und Milch zum Malzkaffee nicht gedacht werden, noch viel weniger an Getränke wie Bier, Kakao oder ähnliches, oder Obst für die Kinder. Wir sind der Meinung, daß 99 v. H. aller Arbeitgeber es als eine starke Zumutung ansehen und weit von sich weisen würden, wenn man ihnen eine solche Lebensweise auch nur für eine Woche empfehlen würde. Und dennoch verdienen etwa die Hälfte aller heutzutage Arbeitnehmer kaum diese Summe. Denn sie entspricht bei 210 Arbeitsstunden im Monat einem Stundenlohn von 55 Pfg.

Nun sind aber in diesem Betrag noch folgende, absolut notwendige Ausgaben nicht enthalten: Licht, Heizung, Miete, Steuern, Krankenkassenbeiträge, Briefporto, Zeitungsgeld, Seife und andere Haushaltsausgaben, ferner Schulgeld für Kinder, Schulmaterialien, notwendiger Ersatz der Schuhe und Kleidung, Schuhreparaturen usw., ganz zu schweigen von vollständiger Neuanschaffung irgendeines wichtigen Bekleidungsstückes, und seien es auch nur ein Paar Strümpfe. Schließlich kommt noch Fahrgeld zur Arbeitsstätte usw. hinzu.

Hieraus geht zweifelsfrei hervor, daß das Existenzminimum für die fünfköpfige Familie mit dem doppelten Betrag, insgesamt also 230 M. als nicht zu hoch gerechnet erscheint. Da aber eine solche mehr als dürftige Lebenshaltung kaum mehr „menschlich“ genannt werden kann, muß auch noch etwas zur Befriedigung von Kulturansprüchen getan werden, und sei es auch nur um deswillen, damit die Arbeitsfreude, die die Vorbedingung aller Leistungssteigerung ist, im arbeitenden Menschen lebendig werden kann. Sind alle diese Voraussetzungen geschaffen, dann bleibt immer noch eine klaffende Lücke, denn für die Wechselfälle des Lebens hat ein solcher Arbeitnehmer noch keinen Groschen zurücklegen können. Fast erscheint es wie ein Rätsel, wie es mancher Familienwater überhaupt nur fertig bringt, seinen Haushaltsetat in Ordnung zu halten.

Trotz allem sagt die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in ihrer Denkschrift über die Lohnpolitik, daß das „deutsche Unternehmertum glaubt, in der Lohnfrage genug getan zu haben“. Jeder Kommentar hierzu erscheint vollkommen überflüssig, angesichts der obigen Darlegungen.

Die Großhandelspreise stehen heute weit über den Preisen im Einzelhandel, daher haben wir ohne Frage mit einer weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten zu rechnen. Es muß daher nicht nur ein Ausgleich für diese Preissteigerungen, die keine Folge von Lohn erhöhungen sind, erfolgen, sondern darüber hinaus muß sich das deutsche Unternehmertum darauf einstellen, daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer erhöht werden muß. „In der Lohnfrage kann nie genug getan werden“, so muß die Parole eines Unternehmertums lauten, das vom Volksgemeinschaftsgeist erfüllt sein will. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, einer solchen Anschauung zum Siege zu verhelfen. Daß sie auch wirtschaftlich letzten Endes die allerproduktivste ist, dürfte auch jedem einsichtigen Wirtschaftspolitiker klar sein!

Arbeitgeberansichten über Lohn-erhöhungen und Preisabbau.

Von Dr. W. Breuer, Crefeld.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat über ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik Denkschriften herausgebracht, in denen um die Sympathie der Öffentlichkeit geworben wird. Es ist zu erwarten, daß solche Veröffentlichungen von zentraler Stelle nicht ganz ohne Wirkung verhallen. Daher dürfte es angebracht sein, kritische Stellung zu den vorgetragenen Ansichten zu nehmen.

In der Schrift über die „Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“ finden wir die Behauptung aufgestellt, daß niedrige Löhne zu einem Preisabbau führen, und daß umgekehrt hohe Löhne oder Lohn erhöhungen Preissteigerungen zur Folge haben müßten. Es heißt dort: „Uebertriebene Lohnforderungen bei Einführung des Goldlohnens oder überstärktes Hinaustreiben des Goldlohnens hätten die Möglichkeit des Preisabbaues zum Schaden für die gesamte Wirtschaft und das deutsche Volk von vornherein unmöglich gemacht. Schließlich müßten auch die Gewerkschaften und die Schlichtungsausschüsse an der Preisentwicklung im Dezember, die Richtigkeit der von den Arbeitgebern verfolgten Lohnpolitik erkennen, da in der Tat der Dezember ein erhebliches Sinken der Preise brachte. Sie (die deutsche Arbeitgebererschaft) nimmt daher mit Recht für sich das Verdienst dafür in Anspruch, daß sie mit richtiger Lohnpolitik erhebliche Hindernisse für einen Preisabbau aus dem Wege geräumt und die mit dem Rückgang der Preise verbundene Hebung der Kaufkraft und allgemeine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft ermöglicht hat. Vor aller Öffentlichkeit war damit der Beweis geführt, daß die im November und Dezember von den Gewerkschaften so sehr geschmähte Lohnpolitik der deutschen Arbeitgebererschaft richtig war und der Allgemeinheit zugute kam.“ Was ist denn mit solchen Darlegungen gesagt? Doch nichts weiter als dieses zweifache. Erstens die Arbeitgeber zahlten niedrige Löhne; zweitens die Preise fielen im Dezember.

Diese beiden Tatsachen in der oben angeführten Weise zu verbinden und das zweite aus dem ersten ohne weiteres abzuleiten, bleibt der volkswirtschaftlichen Weisheit der Arbeitgeber vorbehalten. Daß der Rückgang der Preise vielleicht andere Gründe gehabt hat, die in der sogenannten Sanierungskrise zu suchen wären, kommt für sie nicht in Betracht. Der Gedanke ist zu schön, so verlockend für die Arbeitgeber. Man braucht nur niedrige Löhne anzusehen, dann sinken die Preise, oder auch: man darf ruhig niedrige Nominallöhne zahlen, denn das automatische Steigen der Kaufkraft des Lohnes hebt den Nachteil für den Lohnempfänger wieder auf. So lautet denn der Appell der Arbeitgeber an die Arbeiter: „Die Lehren der Inflationszeit zeigen, daß dieser Not (der industriellen Arbeitererschaft) nicht durch Erhöhung der Nominallöhne, sondern nur durch Steigerung und Verbilligung der Produktion, durch Preisabbau und die damit verbundene Hebung der Kaufkraft der Massen beseitigt werden kann. Können sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer endlich auf diesen Satz verständigen, so müßten sich die Wege für die Erreichung dieses Zieles auch finden lassen. Es wäre damit gleichzeitig der deutschen Wirtschaft der lohnpolitische Friede gegeben.“

Für die Arbeitgeber steht es demnach fest, daß Preisabbau nur durch niedrigere Löhne herbeigeführt ist. Aber man glaubt auch Belege dafür zu haben, daß Lohn erhöhungen zu Preissteigerungen und zur Inflation führen! „Die deutsche Arbeitgebererschaft weist warnend auf die Erfahrungen der Inflationszeit hin, die unverkennbar und unbestritten gelehrt hat, daß das ständige Hinaufdrücken der Nominallöhne, und infolgedessen der Preise, inflationistisch wirken muß, wenn nicht eine entsprechende Steigerung der Gütererzeugung Hand in Hand geht. Reichen die vorhandenen Zahlungsmittel nicht aus, um selbst bei größerer Beschleunigung des Geldumlaufs den durch Lohn- und Preishöhe gesteigerten Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken, so muß eines Tages dieser Druck jede gesunde Währungs- politik für den Papiergeldumlauf gezeugene Schranken ein-drücken. Wir erinnern daran, daß schon im Kriege, vor allem nach dem systemlosen, nicht auf wirtschaftlich gesunder Grundlage beruhenden Lohn erhöhungen der Revolution bei sinkender Gütererzeugung so eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Druck neuen Papiergeldes und für die Inflation geschaffen worden ist, ohne daß das deutsche Volk während vieler Monate merkte, wie es selbst seine Währung zerstören half.“

Hier wird anscheinend behauptet, daß die Lohnforderungen der Arbeitnehmer eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür waren, daß heute die Reichsmark nur noch den billigen Teil ihres Vorkriegswertes hat. Ein bizarres Zeichen dafür, wie weit die Ansicht, daß Lohn erhöhungen Preissteigerungen zur Folge haben, sich in gewissen Köpfen verlaufen hat. Preissteigerung und Inflation sind denn doch etwas wesentlich verschiedenes. Inflation bedeutet: Schaffung zusätzlicher Kaufkraft durch Kreditvermehrung oder Noten-druck. Einen Zwang, zusätzliche Kaufkraft zu schaffen, gibt es nicht. Das beweist die Geldpolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. In der Inflationszeit aber ist die Summe des umlaufenden Geldes nicht etwa verdoppelt oder verdreifacht, sondern eine rund millionenfache Vermehrung. Dies ist in den Verkehr gebracht worden.

Wenn nun behauptet wird, Lohn erhöhungen führten zu Preissteigerungen, so ist zu fragen, ob denn die Löhne zu den Preisbestimmungsgründen gehören. Wonach bestimmen sich denn die Preise? Es ist eine national-ökonomische Unwissenheit, daß Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Das war von jeher die Preislehre

Eine wirklich fruchtbringende Tätigkeit für die Belange der Mitglieder

entwird, wenn alle Mitglieder unausgesetzt auf die Stärkung ihrer Organisation in jeder Beziehung bedacht sind.

der Unternehmer, solange eine kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht. Lange bevor die Wissenschaft diese Auffassung zu einer Theorie ausarbeitete, die heute als die herrschende da steht. Wir empfehlen daher den deutschen Arbeitgebern, sich bei der Suche nach den Preisbestimmungsgründen der Fiktion der subjektiven Wertlehre anzuvertrauen.

Jede Ware hat ihren Markt. Es entstehen je nach dessen Weite nationale, Weltmarktpreise. Die Marktpreise überschreiten heißt, als Konkurrent auscheiden müssen, sie zu unterbieten, ist noch keinem Unternehmer eingefallen, auch wenn er als Arbeitgeber die niedrigsten Löhne zahlte. Der Preisabbau hat seine Grenze erreicht, in dem Augenblick, wo das gesamte Angebot sich wieder mit der ganzen Nachfrage begegnete. In der Inflationszeit war oft der Preis von kleinsten örtlichen Zufälligkeiten abhängig. Heute gleichen sich die Preise in den verschiedensten Gegenden des Reiches wieder aneinander an und stehen in Kontakt mit dem Weltmarktpreis.

Nun möchte es vielleicht scheinen, daß durch die Auszahlung niedriger Löhne die Nachfrage ermäßigt würde und die Preise sich senken müßten. Es würde ja dann, so könnte man glauben, nicht mehr für die Ware geboten, als der verringerten Lohnsumme entspricht. Man täuscht sich aber dabei über die Dringlichkeit der Nachfrage hinweg. In den Börsen weiß man besser, was man z. B. für Brot zu geben bereit ist. Und die niederen Löhne in Deutschland sind nicht imstande, einen Druck auf die Getreidebörsen in Hamburg oder London auszuüben. Wir erleben heute wieder trotz niedriger Löhne Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Auf dem Arbeitsmarkt steht der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber als der wirtschaftlich schwächere gegenüber, weil es ihn drängt, seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Undersfalls ist er erwerbslos und mittellos. Erst die Koalition der Arbeitnehmer in den Gewerkschaften hat ihre Lage auf dem Arbeitsmarkt zu ihren Gunsten geändert. Allein schon die Möglichkeit, daß ein disziplinierter Streik geführt werden könnte, veranlaßt den Arbeitgeber, Lohnzugeständnisse zu machen.

Auf dem Warenmarkt sind die Konsumenten in derselben Lage wie die Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Sie müssen kaufen, um leben zu können. Für den Kapitalisten aber besteht eine gleiche Dringlichkeit zum Verkauf nicht. Er wird also weit mehr Aussicht haben, auf hohen Preisen stehen bleiben zu können, als der Konsument hoffen darf, durch seine Zurückhaltung die Preise herunter zu drücken. Käuferstreiks mit nachhaltigem Erfolg kennen wir nicht. Eine Lohnpolitik, die durch niedere Löhne niedrige Preise herbeiführen will, ist eine Politik, die über Leichen geht.

Interessant aber ist, daß, soweit es die Vergangenheit anbetrifft, sich die Arbeitgeber selbst im Widerspruch setzen mit ihrer Behauptung von der preistreibenden Wirkung der Lohn erhöhungen. Dort heißt es: „In der Inflationszeit konnte schließlich die Arbeiterschaft nachgiebiger sein, wenn das Forderung der Gewerkschaften oder Schlichtungsausschüsse den Papiermarkalohn über die von den Unternehmern zu verantwortende wirtschaftlich tragbare Höhe hinausdrückte. Dem bei stürmischer Marktentwertung gleich sich dieser Fehler im Nominalbetrag vielfach schon am nächsten Tag automatisch wieder aus.“ Ein Arbeitgeber-syndikus erklärte kürzlich in Lohnverhandlungen: „Hätten wir in der einen Woche zu viel bezahlt, so könnten wir das in der nächsten Woche wieder anschieben.“ Auf Seite 24 oben angeführter Denkschrift wird gesagt: „Es mag dahin gestellt bleiben, in welchem Umfang dieser Satz (von den niedrigen deutschen Löhnen) in der Vergangenheit berechtigt war, denn der Streit über die Lohnpolitik der Inflationszeit soll hier nicht ausgetragen werden.“

Somit wird für die Vergangenheit zugestanden, daß die Löhne nicht immer gleichen Schritt gehalten haben mit den Preissteigerungen. Wir können unseren Reallohn bei steigenden Preisen nur sichern durch entsprechende Lohn erhöhungen. Preisabbau ist ein schönes Wort, aber die Gesetze der Preisbildung sind unerbittlich und beugen sich nicht vor schönen Worten.

Endlich das Allheilmittel entdeckt.

Da mühen sich nun die Gewerkschaften andauernd, um den Lohn der Arbeiter zu steigern und ihnen damit eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen. Jetzt müssen sie zu ihrem Leidwesen belehrt werden, daß das gerade der falsche Weg war, um das gesuchte Ziel zu erreichen. Diese wirklich epochemachende Entdeckung ist einem sachlichen Versuchsdiagnosten zu verdanken, dem die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vom 5. Oktober ihre Spalten zur Verfügung stellt. Unter Berufung auf sozialistische Zeitungen und auf englische Arbeiter gibt der Verfasser endlich folgende Weisheit von sich:

Viele Streifen werden allerdings dadurch leicht irre geführt, weil eine Lohnerhöhung z. B. um eine Mark zunächst dem einzelnen Arbeiter unter normalen Verhältnissen Vorteil bringt, so daß er sich für diese eine Mark etwas extra kaufen kann, aber höchstens nur so lange, bis die Waren, die mit den höheren Löhnen hergestellt sind, zum Verkauf kommen. Nach dieser Uebergangszeit, die im vorigen Jahr immer kürzer wurde, sind die Preise für die Bedürfnisse des Arbeiters höher, als sie der Lohnerhöhung entsprechend, gestiegen. Die Gründe dafür sind bisher viel zu wenig beachtet worden. Die Großhändler, ebenso die Agenten und Einzelhändler, berechnen ihren Gewinn an den Waren, nicht der angeschriebenen Preis und den verschiedenen Risiken entsprechend, sondern unter normalen Verhältnissen einfach nach Prozenta von Selbstkostenpreise. Infolgedessen nehmen sie auch Prozente von der Lohnerhöhung, um die die Herstellung der Ware verteuert wurde, ferner auch von der teurer gewordenen Eigenbezug, sowie der sonstigen um die Erhöhung gestiegenen Unkosten, wodurch die Verkaufspreise nach jeder allgemeinen Lohnerhöhung schon deshalb lawinenartig steigen müssen.

Dadurch muß aber auch, sobald die neuen Preise in Kraft treten, die Kaufkraft des Lohnes sinken und zwar tiefer, als vor der Lohnerhöhung, da die Marktpreise ja nicht nur um die Lohnerhöhung für die Herstellungslöhne gestiegen sind, sondern auch noch um die Erhöhung der Unkosten und die Gewinnprozente der Händler auf alle diese Lohnerhöhungen.

Bei der Lohnsenkung muß demnach der umgekehrte Fall eintreten.

Damit ist nun der Boden vorbereitet für die Behauptung: „Die Lage der Arbeiterschaft kann demnach nicht durch allgemeine Lohnhöhung auf die Dauer verbessert, sondern nur verschlechtert werden.“ Und dann heißt es weiter: „Verbessern läßt sich die Lebenshaltung der Arbeiter vor allem durch:

1. Senkung der Preise für den notwendigen Bedarf des Arbeiters auf normale Höhe.

2. Erhöhung der Kaufkraft der Löhne... durch Senkung der Löhne.“ — Der Artikler will also zunächst, daß jede Lohnsteigerung eine Preissteigerung nach sich ziehen müsse. Daß es in der Regel gerade umgekehrt geht, wird schamig verschwiegen. In der Regel ist es doch so, daß erst die Verknapfung der Kaufkraft des Lohnes, also Preissteigerungen, das Bedürfnis nach Lohnsteigerungen wecken, also Lohnsteigerungen notwendig machen. So war es 1914, so ist es auch heute. Erst zogen die Preise an, und dann mußte der Arbeiter nach einem Ausgleich, also einer Lohnhöhung streben. Besonders deutlich tritt die Tatsache, daß nicht steigender Lohn die Arbeitskraft zu steigender Preisentwicklung zu sein braucht, uns heute vor Augen. Wir haben doch schon seit einiger Zeit gleichgebliebene Löhne. Daneben ist sehr vieles getan, um die Preisentwicklung aufzuhalten. Die Frachttage sind um 10 Prozent, die Hoheisenpreise um 6-8 Mark je Tonne, Bau- und Maschinenguß um 1,50 je 100 Kilogramm, die Umfassener von 2 1/2 auf 2 Prozent ermäßigt. Trotzdem steigen die Preise weiter, unaufhaltbar und stetig, von Monat zu Monat. Der Lohn ist also nicht das einzige Element der Preisgestaltung. Er ist im Prozentverhältnis zum Produkt ziemlich untergeordnet. Eine Lohnhöhung muß also nicht wieder durch neue Preissteigerung absorbiert werden. Wenn es geschieht, dann nur deshalb, weil der fatale Egoismus leider noch bei den Ständen außerhalb der Arbeiterschaft eine zu große Rolle spielt. Der Verfasser des Artikels deutet das ja auch an. Wenn der Arbeiter einen Großteil Lohnhöhung erhält, dann wird nicht ein Großteil, sondern das Doppelte und mehr in den Preis kalkuliert, denn dann muß doch auch der Gewinn eine entsprechende Steigerung erfahren. Das allgemeine Streben geht halt dahin, auf Kosten des Bruders Arbeiter möglichst gemächlich und doch gut durchs Leben zu kommen. Und diesem Streben gegenüber hat der Arbeiter nur die Möglichkeit, all den anderen durch Schmälerung seines eigenen Lebensunterhalts zur Steigerung ihres Wohlstandes behilflich zu sein, oder durch organisatorische Macht einen Ausgleich, also Steigerung seines Einkommens zu erkämpfen. Die Arbeiterschaft müßte polizeiwidrig dumm sein, wenn sie nicht das Letztere vorzöge.

Zudem ist der erste Vorschlag des Verfassers nichts weiter wie eine Floskel. Was soll das heißen: Senkung der Preise für den notwendigen Bedarf des Arbeiters auf normale Höhe. Will der Verfasser sagen, daß besondere Preise für Arbeiter festgesetzt werden könnten? Das wäre doch kompletter Unsinn, an den auch wohl der Verfasser des Artikels selbst nicht glaubt. Und was heißt normale Höhe?

Man lasse doch endlich mal das Salzband über die Lohnfrage. Wenn der betreffende Artikler wirklich an seine Grundsätze glaubt, dann hätte er ein dankbareres Betätigungsfeld, wenn er sich in seinen Kreisen für eine Senkung der Bezüge und Gewinne an den Läden legte, anstatt der in größter Not befindlichen Arbeiterschaft eine Senkung der Löhne als Verbesserung ihrer Lage anzugreifen.

Daß die „Deutsche Arbeiterzeitung“ gerade jetzt einem solchen Artikel Raum gibt, zeugt nicht nur von der Weltfremdheit dieser Kreise, sondern auch von einer tiefgehenden Antipathie gegen die Arbeiterschaft.

Die Arbeiter tun gut, wenn sie den Herrschaften die richtige Antwort geben und durch stärkeren Anschluß an die christlichen Gewerkschaften die Vorbedingung zu Lohnserfolgen zu schaffen und durch Anschluß an die Konjunktgenossenschaften jenen Egoismus aufzuhalten, der nur darauf bedacht ist, den teuer verdienten Arbeiterlohn mühe los aufzupressen. M. F.

Kongress des Kartellverbandes kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands.

Der Kongress fand am 25. und 26. Oktober in Bamberg statt. Anwesend waren etwa 200 Delegierte, darunter leider nur eine kleine Anzahl weiblicher. Eröffnet wurde der Kongress durch eine Begrüßungsansprache des Verbandspräsidenten Hr. Dr. Müller aus M. Gladbach. Der Vorschlag wurde dem Reichstagsabgeordneten Andre übertragen. Als Gäste waren u. a. erschienen der H. H. Erzbischof von Bamberg, Dr. Jakobus v. Haus, Herr Siegerwald als Vertreter des D. O. B. und der Herr Bürgermeister Hegemann als Vertreter der Stadt Bamberg. Der H. H. Erzbischof, eine außerordentlich sympathische Erscheinung, hielt zunächst eine von großem Verständnis für die Bedeutung der Arbeitervereinsbewegung zugehende Ansprache, in der er die dringlichsten Aufgaben dieser Bewegung kurz hervorhob. Er betonte, daß gerade die Arbeiterwelt, die gegenwärtig so schwer zu ringen habe mit des Lebens Not, die einen schmerzlichen Kampf zu führen habe, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, der besonderen Liebe und Sorge der Kirche sicher sein dürfe. Sein Herzenswunsch wäre es, wenn die wahren Worte der Heiliger Bischöfe konsequent gehört und beherzigt würden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Besten des ganzen Volkes. Nur wenn im Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Schriftwort gelten könne: iustitia et pax osculante sunt (Gerechtigkeit und Friede haben sich geküßt) werde wieder von Aufstieg und Gelingen im Wirtschaftsleben und von Zufriedenheit und Glück des Volkes gesprochen werden können.

Nach Beendigung der von den deutschen Bischöfen, vom Gesamtverband und von verschiedenen Landessekretariaten der christlichen Gewerkschaften, sowie von sonstigen in- und ausländischen Freunden der Arbeitervereinsbewegung eingeleiteten Begrüßungsreden erhielt Herr Verbandspräsident Herr Paderborn das Wort zum ersten Vortrag: „Der kath. Mensch und die Arbeiterbewegung.“

entnommen: Auch der Arbeiter bedarf einer klaren, geschlossenen Lebensauffassung, die für sein Tun und Lassen bestimmend ist. Mittelpunkt dieser Lebensauffassung muß der Glaube an Gott sein. Großen Schichten unseres Volkes ist diese Lebensauffassung im Getriebe des Wirtschaftslebens verloren gegangen. Nur dadurch ist es möglich, daß im wirtschaftlichen Leben die Sachgüter über den Menschen gestellt und im staatlichen Leben die Menschen als Werkzeuge einseitiger Machtziele betrachtet und im kulturellen Leben die hohen Ideale durch die niederen Triebe verdrängt werden. Folgen daraus sind, unsozialer Verhalten, Klassenkampf, Ständekampf, Völkerverfeindung und Versinken in Mammonismus und Ankultur.

Aufgabe des Katholiken ist es, die Uebereinstimmung der gesellschaftlichen Zustände mit den von der göttlichen Vorsehung der Menschheit gegebenen Ziele herbeizuführen.

An der Erreichung dieses, das künftige Schicksal unseres Volkes gestaltenden Zieles mitzuarbeiten, ist mit einer der vornehmsten Aufgaben der kath. Arbeitervereine. Wir kath. Arbeiter sind uns der uns obliegenden hohen Mission durchaus bewußt.

Wir wollen dem durch die Mechanisierung des Produktionsprozesses entstellten Arbeiterleben Ziel und Sinn innerlicher Gottverbundenheit geben. Wir wollen der geistig entwurzelten Einzelpersönlichkeit das Bewußtsein der Würde eines Gotteskinds geben. Wir wollen die Arbeit zum Beruf machen, zur verantwortlichen Mitwirkung am Plane göttlicher Vorsehung.

Wir wollen dem in Industrie- und Großstädten innerlich einsam gewordenen Arbeiter wieder lebensfrohen Anschluß an die Gemeinschaften des Volkes, der Gemeinde, des Staates und der Kirche vermitteln. Darum suchen wir die Zerrissenheit des Familienlebens, wie sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Arbeiterstande geschaffen wurden, zu beheben und das Zusammenleben der Gatten untereinander, der Eltern mit den Kindern im Sinne christlicher Ehe und Familienlebens zu gestalten. Darum wollen wir dem Arbeiterstande nicht bloß eine rechtliche, sondern auch eine tatsächliche Gleichberechtigung neben den übrigen Ständen und Klassen in Staat und Gemeinde erringen und die Arbeiter zur selbstverantwortlichen Mitarbeit in diesen Gemeinschaften befähigen. Darum wollen wir den Arbeiter zum lebenden Gliede seiner Kirche heranbilden, auf daß ihm die Befähigung des Glaubens Herzensbedürfnis und innerliche Befriedigung wird.

Den folgenden Vortrag hielt der zweite Vorsitzende unseres Verbandes, der Kollege Fischer-Düsseldorf. Das Thema lautete: „Wo stehen wir in der Sozialpolitik?“ Da besser Ausführungen auch für uns Gewerkschaftler von großem Interesse sind, werden wir sie in einer der nächsten Nummern des Verbandsorgans ausführlicher wiedergeben.

Als dritter Redner behandelte der Reichstagsabgeordnete Soos das Thema: „Wir und die nationale Bewegung.“ Er betonte und begründete das Recht eines jeden, auch des deutschen Volkes, auf Existenz und Entfaltung seiner Kräfte und Anlagen. Dieses Recht bedingt Freiheit und die Möglichkeit, evtl. durch Machteinfluß sich diese Freiheit zu wahren. Ein unfreies Volk verkümmert und verliert auf die Dauer den Charakter. Auch die kath. Arbeiter wollen darum einen freien, innerlich und äußerlich gefestigten Staat, lehnen aber die sogenannten „nationalistischen“ Gedankengänge grundsätzlich ab.

Unter Ablehnung der Alltagspolitik Deutschlands am Kriege und unter Wahrung aller Rechtsansprüche bejahen sie das neue Ordnungsprinzip der Weltvölker: die Idee des Völkerbundes. Bei der Frage, ob Gewaltlösung oder Verständigung, bekennen sie sich als kath. Christen zur Friedensbereitschaft und zum Gedanken der Völkerverständigung auf der Grundlage des Rechts und der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Die nationale Not ist auch eine Folge der inneren Zerrissenheit. Die Beilegung dieser Not erfordert darum den Willen zur nationalen Einheit. Der Klassenkampfgedanken widerspricht dieser Einheit und ist darum ebenfalls abzulehnen. Unvereinbar mit dem Volksbegriff ist auch die gesinnungsmäßige Scheidung zwischen „Bürger“ und „Nichtbürger“. Jeder, der sich zum Volke bekennt und Pflichten zu erfüllen sich bemüht, gehört zur deutschen Volksgemeinschaft.

Die Frage der Staatsform ist eine Zweckmäßigkeitfrage. Entscheidend ist der Geist, der das Staatsleben durchzieht. Gemeint ist des deutschen Volkes ist allerdings gemordet, daß keine Staatsform mehr möglich ist, die nicht im Volkstum wurzelt und nicht die selbstverantwortliche Mitwirkung aller Volkskräfte in sich schließt. Das ist der Kernpunkt dessen, was man unter lebensmährer Demokratie versteht. Für uns ist die Demokratie die Tugend freierwilliger Einordnung und Unterordnung, Pflichterfüllung und Hingabe an das Ganze.

Kampfororganisationen zum Sturz oder zum Schutz der Verfassung verschärfen die Gegensätze und sind im normalen Leben einer Volksgemeinschaft untragbar. Der Schutz der Verfassung muß liegen in einer starken Staatsautorität und in der Bestimmung der verfassungstreuen Bevölkerung. Staatliche Größe ist nur zu gewinnen, wenn die Vorurteile der Klasse und der Eigennutz der Interessengruppen zurückgedrängt wird und das Gesamtwohl im Vordergrund steht. Das Nationale und das Soziale gehören untrennbar zusammen.

Mit seinem nächsten Vortrag „Unsere nächsten Arbeitsziele“ behandelte Herr Diözesansekretär Mayer-Werden die praktischen Aufgaben, die sich für die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine aus der Gesamtsituation ergeben. In jener Ausführungen ging der Redner insbesondere auf das immer noch ungelöste, für die Arbeitervereine zur Lebensfrage gewordene Problem der Ueberführung der Jugendvereinsmitglieder in den Arbeiterverein ein. Daran betonte er die Notwendigkeit der religiösen Vertiefung und der apologetischen und sozialen Fortbildung der Mitglieder.

An die Referate schloß sich jedesmal eine ergiebige, die Ausführungen der Redner ergänzende Diskussion. Alle Redner legten Wert darauf, etwaige gegenläufige Auffassungen, z. B. über die Staatsform zurücktreten zu lassen und das Einigende in den Vordergrund zu stellen. Die von den Referenten vorgelegten Leitsätze wurden stets einstimmig angenommen. Sofern die Redner das Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften betonen, betonten sie die

Eine Vermehrung der Kampfmittel

unseres Verbandes muß die stete Sorg aller Mitglieder sein. Was die Mit-

glieder am Beitrag zu sparen gedenten, müssen sie nach schwereren Kampfzeiten an Lohn und Arbeitszeit einbüßen.

Notwendigkeit eines guten, engeren Einvernehmens zwischen beiden Organisationsrichtungen. Der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Ergänzung redete übrigens auch Koilege Stegerwald in seiner Begrüßungsrede am Festabend das Wort. Bedauerlich war, daß die so bedeutungsvolle Tagung infolge der politischen Ereignisse in der Öffentlichkeit viel zu wenig gewürdigt wurde.

Wohnungs- und Arbeitsfrage.

Von Koll. Heurich, Karlsruhe, M. d. bad. Landtages.

Wohl zwei der größten und weittragendsten Probleme im deutschen Wirtschaftsleben bilden immer noch die weiter um sich greifende Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit. Unser ganzes wirtschaftliches, kulturelles, sittliches und soziales Leben, ja man kann sagen, daß der Fortbestand des deutschen Volkes als Kulturfördernde und produzierende Nation sich richtet zu einem großen Teil nach der Weiterentwicklung dieser beiden Probleme. Wie weit Wohnungs- und Arbeitslosigkeit unser kulturelles, sittliches und soziales Leben, aber auch unser Wirtschafts- und Staatsleben beeinflussen, sei in Folgendem kurz umrissen angeführt:

Die heute leider bei einem Teil unseres Volkes zu beklagende sittliche und moralische Verkommenheit ist in den Grund- anfangen in vielen Fällen zurückzuführen auf unsittliche und ungenügende Wohnungen. Fünf-, sechs- und mehrköpfige Familien müssen sich oft mit einer Zwei-, höchstens Dreizimmerwohnung begnügen, die dazu nicht einmal als eine Wohnung angeprochen werden darf, und die Gesundheit der Bewohner im höchsten Grade schädigt. Erwachsene und Halberwachsene beiderlei Geschlechts schlafen oft in ein und demselben Raum beisammen. So wird oft unwillkürlich und unbewußt hauptsächlich bei den in den Entwicklungsjahren stehenden der geschlechtliche Trieb gereizt, und was eine nicht ganz freie Sittlichkeit der Eltern pflanzt, wird dann in der Lehre, bei der Arbeit, in der Fabrik und durch unsere „Aufklärungsliteratur“ vollendet. Man sieht ja in unserer modernen Zeit fast keinen jugendlichen Arbeiter und Arbeiterin mehr, sei es in der Straßenbahn, im Eisenbahnwagen, in den Anlagen oder zu Hause, ja teilweise auf der Straße, ohne ein Festhalten der modernen „Aufklärungsliteratur“ in der Hand zu haben. Man soll sich allenthalben darüber klar sein: Für unsere Zukunft liegt in der Unsittlichkeit der Jugend eine große Gefahr; denn „wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, ist ein oft viel gebrauchtes, aber wahres Wort. Wenn aber schon in der Jugend sittliche Verkommenheit eingeht, wie mag sich da erst das spätere Leben gestalten. Tierisches Verlangen, dieser Leidenschaft zu frönen, frühzeitiges Schmelzen der körperlichen und geistigen Kraft, Arbeits- unlust und Arbeitscheu werden die unausbleiblichen Folgen sein. Diese Bahn, einmal betreten, wird bald der Unterschied zwischen Mein und Dein nicht mehr erkannt. Autorität und Einfügung unter die Befehle werden als lästige Fesseln betrachtet. Unglaube und Mißachtung aller Menschenwürde werden im Gefolge mit Verrohung und Trunksucht marschieren. Der sittliche Verfall wird immer weiter schreiten und die mitreißenden, die nicht ganz fest sind. Je größer die Zahl der dem Verfall Geweihten, um so mehr wird auch das Wirtschaftsleben allmählich von den Formen annehmen, und wenn dort einmal die Unsittlichkeit noch größer wird, wird es mit Riesenschritten weiter bergab, statt aufwärts gehen; denn nur sittliche Kraft ist der treibende Faktor zu einem Streben nach Höherem und nach Vervollkommnung.

All diese Erscheinungen und Auswirkungen werden auch immer tiefere Schatten auf das Staatsleben werfen. Im Gefolge werden Unruhen und Erhebungen gegen die bestehende Obrigkeit, Lockerung des Gemeinschaftsgefühls und der inneren Verbundenheit im Staat werden weiter unser Volk schädigen. Heimatgefühl und Vaterlandsliebe werden in den Herzen dieser Menschen leerer Schall bleiben. Entfremdung von der Muttererde und Verfall in eine Gleichgültigkeit werden nicht ohne Folgen an den bestehenden Staatsformen vorüberziehen. In einer gesunden Wohnungspolitik liegt also der Markstein unseres Wiederaufstieges. Möge man dies doch endlich richtig erkennen und zwar nicht bloß in Regierungskreisen, sondern auch bei den sog. Christen „großen Formats“. Erziehung zu sittlichen, kraftvollen Menschen, Hebung der Arbeitsfreudigkeit, Autoritäts- und Gemeinschaftsgefühl, Heimat- und Vaterlandsliebe können nur gefördert und erhalten werden, wenn durch eine gesunde, sittliche menschenwürdige und menschenfreundliche Wohnung der Wohnungs- und Heimatlose gefesselt wird.

Ebenso tief einschneidend ist die zweite Elendsfrage, die Arbeitslosigkeit. Ihre Folgeerscheinungen laufen mit Genanntem auf vielen Gebieten parallel. Was dieses Problem im bevorstehenden Winter bei erneut einsetzender, größerer Arbeitslosigkeit bedeutet, und was seine Folgen sind, kann heute in seiner ganzen Tragweite nicht vorausgesehen werden. Nicht nur auf die Gestaltung der Produktionsweise unserer aufbauenden Wirtschaft und damit auf den Wiederaufbau unserer Gesamtsittlichkeit, wird es sehr tief einwirken, sondern auch auf unsere ganze Finanzwirtschaft. Zwei Millionen Menschen, die der Produktion unfreiwillig entzogen sind, zwei Millionen Hände, die sich in den Schoß legen müssen, ist für einen Industriestaat fürchterlich. Viele Betriebe, die wieder noch in Gang gebracht waren, werden schon wieder still gelegt. Wir können aber nur wirtschaftlich wieder gesunden, und die so notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel einführen, wenn wir Waren ausführen. Ist das nicht der Fall, wird unser Wirtschaftsleben immer tiefer sinken. Der Hunger wird stärker an unsere Türen pochen. Zuletzt werden wir Menschen unser eigenes Fleisch und Blut in noch größerem Maße exportieren müssen. Damit hätten wir auch den Spatenstich zum Grabe unserer Wirtschaft und unserer Nation gemacht; denn nur unter Anspannung aller Kräfte wird für uns ein Aufstieg möglich sein und wir wieder den Platz erringen, wo wir in der Weltwirtschaft hingehören.

Der Staat hat die Pflicht, für alle eine Existenzmöglichkeit zu schaffen. Ist nicht genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, so muß die öffentliche Fürsorge einschreiten. Was zwei Millionen Arbeitsloser an Unterstützung verschlingen, — gewährt muß sie werden — und für die Zukunft sicherlich mehr wie in Vergangenheit, wenn die Menschen, die arbeitslos sind, nicht verhungern sollen. Unterstützungen von 98 Pfennig täglich ist ein schreiendes Unrecht und ein Hohn der ungeheuren Teuerung gegenüber. Rechnen wir für zwei Millionen durchschnittlich nur sechs Mark in der Woche, so ergibt sich in einem Vierteljahr die Summe von rund einer Milliarde. Kein Staat wird diese Finanzgebahrung ertragen können, wenn keine Werte mit diesem Geld geschaffen werden können. Falsch und verkehrt wäre es aber, trotzdem an den unschuldig arbeitslos Gewordenen zu sparen. Arbeitscheu und Arbeits- unlust dagegen müssen, wo sie vorhanden sind, rücksichtslos behandelt werden. Durch dieses unfreiwillige Feiern gehen ungeheure Werte verloren, und wenn auf der einen Seite Werte vorausgibt werden, ohne auf der anderen neue zu erzielen, wird bald der letzte Halt verloren sein.

Angesichts der ungeheuren Tragweite der beiden Fragen werden und müssen wir einen Weg suchen und beschreiten: Erstellung von genügend sittlich gesunden Wohnungen, Bereitstellung von rentierbaren Notstandsarbeiten. Auf diesem Gebiete darf von Staat und Gemeinde nicht falsch gespart werden. Das Reich ist bemüht, vorbildlich vorzugehen. Leider aber fehlt bei vielen Ländern, in vielen Gemeinden, noch das tiefere Verständnis für eine praktische und dem Ganzen Rechnung tragende Lösung. Manche Gemeinde würde bei Anspannung aller Kräfte in der Lage sein, mehr Wohnungen erstellen zu lassen, doch scheitern diese Bemühungen an dem Nicht- erkennen der Wichtigkeit dieser Aufgabe. Gewiß ist die Geldknappheit und somit eine Kreditnot noch groß, aber die Sünden der Vergangenheit rächen sich jetzt bitter. Länder und Gemeinden können sich hier- dauernde Werte schaffen und zugleich dem ungeheuren Elend und Weiterverelendung Steuern und Zinsen zeigen für den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes. In den Gemeinde- parlamenten muß zum Teil ein anderer Geist einziehen und jeder, der es mit Volk und Vaterland wirklich aufrichtig und gut meint, muß in diesem Sinne zu der Lösung beitragen. Dadurch wird zugleich auch der Arbeitslosigkeit gesteuert. Auch in der Bereitstellung von Notstandsarbeiten erwacht den Gemeinden eine heilige Pflicht. Weg- und Straßenbau, Fluß- und Bachregulierungen, Entwässerung und Kultivierung von Län- dereien, Pflege der Forsten, liegt vielfach noch im Argen. Große Werte können dadurch neu geschaffen und bestehende vermehrt werden. Hier großzügig gehandelt, ist ein volkswirtschaftliches Verdienst. Auf diesen beiden Gebieten bahnbrechend vorzugehen, muß Lebensaufgabe für die Gemeinden und Länder werden. Der Schweiß der Edelsten und Besten unseres Volkes ist es wert, unbekümmert um veraltete und verknöcherte Anschauungen den Weg der Neuerung zu beschreiten. Wenn in diesem Sinne die Gemeinden sich an der Lösung der beiden Fragen mehr beteiligen, tragen sie bei zur Erhaltung ihrer eigenen Existenz, am Fortbestehen des Staates und am Wiederaufbau unseres Volkes und Vaterlandes.

Behutsames Hinüberführen der Wohn- wirtschaft in die freie Wirtschaft muß erfolgen, damit für die Bauwirtschaft die Kräfte frei werden.

Aus der Textilindustrie.

Die Lage der englischen Textilindustrie ist nicht weniger trostlos, als die Lage in der übrigen Industrie.

Jahrelang vor dem Kriege hatte diese Industrie überhaupt keine Beschäftigungslosigkeit aufzuweisen gehabt, und der Prozentfuß der Beschäftigungslosen stieg selbst während des Krieges und der Nachkriegszeit selten über zwei Prozent. Heute ist in der wichtigsten Industrie des Nottingham- Distrikts eine Beschäftigungslosigkeit von über zehn Prozent unter den männlichen Arbeitern und von acht Prozent unter den weiblichen Arbeitern vorhanden. Von den übrigen Arbeitern der Industrie sind etwa die Hälfte Kurzarbeiter verschiedensten Grades, wobei der Umfang der Kurzarbeit sich von ein bis vier Tage in der Woche stellt.

Die Produktion von Baumwollfabrikaten, die im Monatsdurchschnitt 1913 596 Mill. square yards betrug, belief sich im Juli 1924 auf 384 Mill. q. y. und im August auf 374 Mill. q. y. Als Ursache der Absatzkrise in dieser Industrie erscheinen:

1. die Entwicklung der französischen Textilindustrie, deren Produkte immer mehr nach Deutschland eingedrungen sind, das früher ein Hauptabnehmer der englischen Textil- industrie gewesen ist, besonders für Garne und Gewebe;
2. die Entwicklung der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten, die sich nicht mehr nur damit begnügen, Roh- baumwolle auszuführen, sondern zur Eigenproduktion über- gegangen sind.

1913 gab es in England 55 Millionen Spindeln, in den U. S. A. erst 29 Mill. Spindeln, aber während bis zum 1. Jan. 1924 die Zahl der Spindeln in England sich nur auf 56,7 Mill. erhöht hat, hat sie sich in Amerika von 29 auf 37,7 Mill., also viel schneller erhöht.

Die Ausfuhr von Rohbaumwolle, die in den Vereinigten Staaten im Durchschnitt der Jahre 1910—1914 552 Mill. Dollar betragen hat, betrug im Wirtschaftsjahr 1923—24 nur 328 Mill. Dollar.

Dafür aber machte die Ausfuhr von Baumwollgeweben statt 27 Mill. Dollar, 39 Mill. Dollar (Borkriegswert) aus.

Damit steht Amerika in Konkurrenz mit England, das bisher das führende Land in der Baumwollverarbeitung war;

3. kommt für die dauernde Stagnation in der eng- lischen Textilindustrie wieder die Industrialisierung der über- seeischen Länder als Ursache in Betracht.

Besonders in Indien, Japan und China sind Baum- wollindustrien entstanden.

Japan besaß 1913 24 Mill. Spindeln, am 31. Jan. 1924 4,7 Mill. Spindeln.

Indien besaß 1913 6 Mill. Spindeln, 1924 8 Mill. Spindeln.

China produzierte 1913 400 000 Ballen Baumwoll- garn, 1922 1 500 000 Ballen Baumwollgarn. Es besaß 1913 1 Mill. Spindeln, 1924 3,3 Mill. Spindeln.

Die Lage der englischen Industrie ist durch diese Daten hinreichend beleuchtet.

Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten.

Unsere Stellungnahme zur Lohnfrage.

Unser Verbandsbezirk Barmen hatte, veranlaßt durch das Verhalten der Arbeitgeber und der staatlichen Schlich- tungsstellen bei den letzten Lohnverhandlungen mehrere Textilarbeiterversammlungen einberufen, so in Dahlhausen am Montag, den 20. Oktober, im großen Saale von Spannagel, in Barmen am Dienstag, den 21. Oktober, im großen Saale des Eogl. Vereinhause und in Elberfeld am Mittwoch, den 22. Oktober im großen Saale des Eogl. Arbeitervereins.

In diesen Versammlungen referierte der Bezirksleiter Otto Bilschenschiß über das Thema: „Teuerung und Textilarbeiterlohn“ und wies an Hand der Tatsachen nach, daß der Reallohn der Textilarbeiter gegenüber dem Verhältnis von Februar um mindestens 15 Prozent zurückgegangen ist. Aus diesem Grunde sei das Verhalten der Arbeitgeber und der staatlichen Schlichtungsstellen in der Angelegenheit der Lohnfestsetzung unverständlich, zumal alle Welt von der Notwendigkeit des Wiederaufbaues und der Produktionssteigerung unserer deutschen Wirtschaft über- zeugt ist. Es sei aber zweifelhaft, ob eine Wirtschaft dadurch aufgebaut werden könne, daß man durch Niedrighalten der Löhne der Arbeiterkraft die Lebensmöglichkeit nimmt. Es waren erschütternde Zahlen, die über den Gesundheits- und Ernährungszustand unseres Nachwuchses bekanntgegeben wurden und als Folge dieser Lohnpolitik anzusehen sind.

Nach reichlicher Aussprache, in der so recht die Erbitterung der Textilarbeiterschaft über die jegliche Lohnge- staltung und das Verhalten der staatlichen Schlichtungs- stellen zum Ausdruck kam, wurde in den Versammlungen nachfolgende Entschlieung angenommen:

„Die infolge der Stabilisierung der Mark in Februar durch Schiedspruch festgesetzten Textilarbeiterlöhne waren schon bei ihrem Inkrafttreten zu gering. Dieselben wurden festgesetzt und angenommen in der Voraussetzung, daß die begonnene Preissteigerung einen Ausgleich bringen würde. Aus den statistischen Zahlen geht jedoch nicht nur hervor, daß keine Verbilligung eingetreten, sondern eine erheb- liche Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen ist und zwar von über 20 Prozent. Dadurch ist trotz der im April eingetretenen siebenprozentigen Lohnerhöhung eine erhebliche Verschlechterung des Reallohnes zu ver- zeichnen.“

Wenn gegenüber den berechtigten Lohnforderungen der Textilarbeiterverbände seit Mai immer wieder von Arbeit- geberseite ein Lohnabzug gefordert wurde, so protestiert die Textilarbeiterschaft gegen dieses, allen menschlichen Empfindens widersprechende Vorgehen der Arbeitgeber. Gleichzeitig erhebt dieselbe schärfsten Protest gegen das Verhalten der staatlichen Schlichtungsstellen, die ebenfalls den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft keiner- lei Rechnung getragen haben.

Durch ein derartiges Vorgehen der Arbeitgeber und staatlichen Schlichtungsstellen wird der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft keineswegs gefördert.

Darum hofft die Textilarbeiterschaft, daß nunmehr nach Klärung der Verhältnisse in aller Öffentlichkeit der berechtigten Forderung auf eine angemessene Lohnerrhöhung Rechnung getragen wird.“

In seinem Schlusswort führte der Referent aus, daß die Arbeiterschaft nach der Entwicklung der letzten Monate den Glauben an den Reden der anderen Stände über Volksgemeinschaft verloren habe. Es gäbe für die Arbeiterschaft nur ein Ziel, wenn sie wirklich die Gleich- berechtigung im Volks-, Staats- und Wirtschaftsleben er- reichen will: das ist ein fester Zusammenschluß in ihren gewerkschaftlichen Berufsverbänden, die allein berufen und in der Lage sind, die Interessen der Arbeiterschaft nach aller Richtungen hin wirksam zu vertreten.

Aus den Verbandsbezirken.

Glanzvolle Rundgebung des Eichsfeldes.

Die nach dem Kriege auf dem Eichsfelde sehr erklärten christlichen Gewerkschaften veranstalteten am Sonntag, den 26. Oktober, im großen Gemeindefaal zu Leinefelde aus Anlaß des 25 jährigen Bestehens der christlichen Orga- nisationen eine Massenkundgebung. Vom ganzen Eichs- felde, von Nuderstadt bis Mühlhausen waren die Anhänger herbeigeströmt, so daß der Saal sie kaum zu fassen ver- mochte. Ganze Gruppen hatten stundenweite Fußmärsche gemacht, um an der Veranstaltung teilnehmen zu können. Abends mußten sie infolge der unglünstigen Bahnverbindungen wieder denselben Weg zu Fuß zurücklegen. Wohl über tausend christliche Gewerkschaftler hatten sich zur Kund- gebung in gehobener Festestimmung versammelt. Nach einem flotten Eröffnungsmarsch der Stöber'schen Kapelle aus Dingelstädt und einem von Kollegin Gabel aus Maden- rode gesprochenen Prolog hielt Gewerkschaftssekretär Kollege Schuchardt-Heiligenstadt eine kurze Begrüßungsansprache, in der er der mutigen Kämpfer gedachte, die vor 25 Jahren die Gründung zu Mainz vollzogen haben. Die damals auf- gestellten Richtlinien seien auch heute noch gültig. Das Wort Christentum diene den Gewerkschaften nicht als Aus- hängeschild, sei vielmehr in allem wegweisend. Es waren Begrüßungsschreiben eingelaufen u. a. vom bischöflichen Kommissarius Herrn Prälat Osburg und Herrn Supere- intendent Dr. Rauch-Heiligenstadt, den Herren Landräten von Worbis, Nuderstadt und Mühlhausen.

Herr Landrat Dr. von Christen aus Heiligenstadt war persönlich erschienen, um die eigene Wertschätzung der christ- lichen Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen und sie auch amtlich zu beglückwünschen. Er führte in seiner An- sprache aus, bei gleichen Zielen erhebe der eingeschlagene Weg die christlichen Gewerkschaften weit über andere Rich- tungen. Dieser Weg sei auch nicht verlassen worden, als der Marxismus sich erhoben habe. Eine weitere Begrü- ßungsansprache hielt Herr Dechant Roth-Leinefelde. Er

bedauerte, daß die nationale Arbeit der christlichen Gewerkschaften zu wenig beachtet werde. Es sei unrecht, wenn man schon wieder verusche, die Arbeiter auszuschalten.

Die Festrede hielt Schriftleiter, Kollege Müller-Düsseldorf. Er entwickelte in großen Zügen das Werden und Wachsen der Bewegung und deren Bedeutung. Heute seien im Deutschen Gewerkschaftsbunde 10 Arbeiterverbände, 12 Angestellten- und 13 Beamten-Gewerkschaften mit rund zwei Millionen Mitgliedern organisiert. Die Tätigkeit der Gewerkschaften habe sich nicht auf bloße Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beschränkt. Das Aufgabengebiet sei bedeutend erweitert worden. Der D. G. B. besitze im „Deutschen“ seine eigene Tageszeitung, habe eine Volksbank, Versicherungen usw. Der Weg bis zu diesen Erfolgen sei schwer gewesen. Freilich bedeute die äußere Gleichstellung der Arbeitnehmererschaft im öffentlichen Leben noch nicht Gleichachtung. Vieles sei die Arbeiter hieran aber selbst schuldig, weil sie nicht das erforderliche Maß von Selbstbenutzsein in sich trügen. Schließlich besprach der Redner die Zukunftsaufgaben und den erhebenden Verlauf der Götter Tagung. Das letzte, größte und schönste Ziel sei die wahre Volksgemeinschaft; denn auch der Arbeiter liebe sein Vaterland. Stehend sang die Versammlung das Deutschlandlied. Bezirksleiter Kollege Zumbrock-Hannover skizzierte die geschäftliche Entwicklung der Gewerkschaften auf dem Eichsfelde. Von vornherein habe das Eichsfeld in der großen Bewegung eine Bedeutung gehabt. Eichsfelder seien draußen Pioniere und Führer geworden. Daheim aber hätten sie den Samen zu dem heute aufstrebenden Baum gelegt. Der Redner appellierte zum Schluß eindringlich an die Jugend.

Die Gesangsabteilung unserer Ortsgruppe in Dingelstädt trug zur Unterhaltung mehrere Chorlieder vor, während die Söbber'sche Kapelle alte frohe Weisen spielte. In seinem Schlusswort gab Kollege Schuchardt der Hoffnung Ausdruck, daß die eindrucksvolle Tagung reiche Früchte tragen möge. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften des Eichsfeldes, sang der offizielle Teil aus. Bei Musik, Gesang und gemüthlichem Plaudern verblieben die Teilnehmer bis zur Abfahrt der Abendzüge zusammen. Die Veranstaltung hat alle Teilnehmer mit wahrer Begeisterung erfüllt für die hohen Ideale und Ziele unserer Bewegung. Sie muß sich nun aber auch in der Weise auswirken, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Eichsfeldes wieder mit aller Hingabe und Aufopferung an die Erfüllung der Aufgaben unserer Bewegung tatkräftig arbeiten.

Von unserer Bezirksstagung in Münster.

Die unruhige und unstäte Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre, besonders während der Inflationszeit wird allmählich wieder abgelöst durch eine ruhige und zielsichere Einstellung zu den Gewerkschaftsfragen der Jetztzeit. Nicht nur als eine Lohnbewegungsmaschine steht der Bau der Organisation vor uns, nein, auch sonstige, tief in das wirtschaftliche und sozialpolitische Leben eingreifende Fragen sind uns als Arbeitnehmerbewegung gestellt und harren der Lösung.

Von diesem Gedanken getragen, wickelte sich auch das Programm der Bezirksstagung unseres Verbandes für den Bezirk Westfalen in Münster ab.

Am Sonnabend, den 18. Oktober, nachm. 3 Uhr, wurde die Tagung eröffnet und die zahlreich erschienenen Delegierten von der Bezirksleitung begrüßt.

Als ersten Punkt der Tagesordnung wurde von der Bezirksleitung der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben. Der Bericht gab ein Bild von der mühseligen Arbeit der letzten Zeit, und zugleich gibt er uns aber auch die Hoffnung auf eine innerlich gefestigte Mitgliedschaft und weitere Ausdehnung unseres Verbandes hier im Münsterland.

Nach dem Bericht folgte dann das Referat des Kollegen Sparenberg-Gronau: „Gewerkschaftlicher Wiederaufbau und Werbearbeit.“ In forgeredeten Darstellungen betonte der Redner die Notwendigkeit der praktischen Kleinarbeit, ausgehend von dem Gedanken der Propaganda, will heißen, Darlegung und Verbreitung unserer Ideen.

Anschließend hieran folgte eine sehr lebhaft diskutierte Einigung über die Einzelheiten der Organisation in ihren Ausführungen kurz aber bestimmt, und war die ganze Diskussion geistig hochstehend.

Der zweite Tag setzte mit einer ziemlich schwer verdaulichen geistigen Kost ein. Der Kollege Baumann vom Gesamtverband Berlin hatte in zuvorkommender Weise ein Referat über das „Londoner Abkommen“ übernommen. Meisterhaft verstand er es, die schwierigsten staats- und wirtschaftspolitischen Probleme in leicht verständlicher Form den Versammelten auszuliegen.

Am Anschließ hieran sprach dann der Kollege Weber-Aachen als Vertreter des Zentralvorstandes. Er hatte eigentlich das schwierigste Thema zu behandeln: „Die Forderungen der Textilarbeiter an Staat und Wirtschaft.“ Meisterhaft entledigte er sich dieser Aufgabe in einer feinen und deutlichen Art und wurden seine Ausführungen wiederholt durch Beifall seitens der Versammlung bekräftigt. Auch die hieran anschließende Diskussion war lebhaft und geistig hochstehend und wurden alle die vorgebrachten Wünsche und Bedrängnisse der Textilarbeitererschaft in besonderen Entschlüsseungen niedergelegt. Diese nehmen Stellung zur Erwerbslosen-, zur Lohn- und Arbeitszeitfrage, zur Steuer- und Sozialfrage. In einem einstimmig gefaßten Beschlusse zur Beitragsfrage verpflichteten sich die Konferenzteilnehmer, dafür einzutreten, daß die Bewegung innerlich geeicht wird, insbesondere durch eine Stärkung der Gewerkschaftsarbeit.

Bezirkskonferenz M. Gladbach.

Der Vortragsaal des Volkshauses, in dem schon manches wichtige Problem erörtert wurde, nahm am 19. Oktober die Teilnehmer der Bezirkskonferenz (55 männliche und 8 weibliche) in sich auf.

Die diesjährige Tagung hat außerordentliche Berichte, wie der Kollege Hermes in seinen einleitenden Worten hervorhob.

Ein Bild über die Arbeitslohnbewegungen, das der Kollege Preis entrollte, zeigte, was auf diesem Gebiete im verflochtenen Jahre für Arbeit zu leisten gewesen war. Wenn auch vieles erreicht wurde, zurückgestellt werden muß nicht, sondern es bedarf noch unablässiger jährl. Gewerkschaftsarbeit, was die Lage der Textilarbeiter, der Zeit entsprechend, menschenwürdig zu gestalten.

Kollege Joh. Müller-Exfeld vom geschäftsführenden Zentralvorstand hielt einen Vortrag über das Londoner Abkommen, wodurch manche uralte Ansprüche von den Abkommen einer Korrektur unterzogen wurde.

Der weitere Teil der Konferenz, galt der Aufbauarbeit. Die Kollegen Nussbaum von der Zentrale und Briffen-Aachen, behandelten die finanzielle Seite. Die propagandistische Seite zu bearbeiten, war Aufgabe des

Kollegen Lorenz-M. Gladbach. Unsere ganze Arbeit, so ging aus den Ausführungen der Redner hervor, muß wieder so eingestellt werden, wie es in den Gründungsjahren unseres Verbandes zu verzeichnen war.

Die Ausreden, an die rege teilgenommen wurde, ergaben manche gute Winke und zeigten, daß die Kollegen und Kollegen mit Interesse den Ausführungen der Referenten gefolgt waren und der Gewerkschaftsgedanke sich bei ihnen vertieft hatte.

Eine angenommene Entschliessung enthielt die Forderungen, die wir an die Gesellschaft und Gesetzgebung stellen.

Mit neuen Waffen gingen die Delegierten wieder in ihre Ortsgruppen. Werden diese richtig gebraucht und angewendet, so wird eine Stärkung unseres Verbandes die unausbleibliche Folge sein.

Die bayerische Bezirkskonferenz

fand am 18. und 19. Oktober unter starker Beteiligung statt. Ganz wenige Ortsgruppen haben gefehlt. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Generalsekretär des Gesamtverbandes, Kollege Otte-Berlin, erschienen. Trotz der wenigen Tagesordnungspunkte war die zur Verfügung stehende Zeit voll ausgefüllt.

Den Geschäftsbericht erstattete unser Bezirksleiter, Kollege Geier.

In der umfangreichen Diskussion, an der sich fast sämtliche Ortsgruppen beteiligten, kam allgemein zum Ausdruck, welche große Not seit der Stabilisierung der Geldwährung in der Textilarbeiterschaft herrscht. Die Kurzarbeit hat noch ihr möglichstes dazu beigetragen. Der unbegreifliche Standpunkt der Arbeitgeber zu den niedrigen Löhnen hat die Textilarbeiterschaft an den Ruin gebracht. Viele Familien sind direkt dem Verhungern preisgegeben. Hätte nicht die öffentliche Wohlfahrtspflege eingegriffen, so wäre manche Katastrophe eingetreten. Von den Arbeitgebern ist kein Entgegenkommen zu erwarten, das beweist die gegenwärtige Lohnbewegung. Die Textilarbeiterschaft muß sich jetzt geschlossen hinter ihre Organisation stellen. Das Sparen an den Beiträgen nützt sich durch die niedrigen Löhne.

Opferwilligkeit

war seit jeher eine der notwendigsten Eigenschaften für einen überzeugten Gewerkschaftler. Erhebende Beispiele auf diesem Gebiete zeigt die Vergangenheit und Gegenwart. Pflichterfüllung

und

hingehende Mitarbeit sind dann die natürliche Folge. Es ist eine innere und erhebende Befriedigung, wenn man solche Mitglieder hat, und ihre

Tatkraft

bringt den Verband auch in den schwierigsten Zeiten voran. Diejenige gewerkschaftliche Organisation wird ihre Ziele am ehesten und besten erreichen, deren Mitglieder diese gewerkschaftlichen Tugenden

zieren

und sich tagtäglich auswirken. Halten wir uns das Beispiel der Gründer unserer christlichen Gewerkschaften ständig vor Augen. Wollen wir mit Erfolg

den wahren

und wirklichen Interessen unseres Standes dienen, so pflegen wir in ansehnlichen Reihen mit zäher Ausdauer alle gewerkschaftlichen Tugenden. Die Zukunft des Arbeiterstandes beruht auf uns

Gewerkschaftler.

Die anwesenden Delegierten versprechen, durch rege Agitation unseren Verband wieder zu stärken; wir müssen uns eine Kampforganisation schaffen, die instande ist, den Arbeitgebern Achtung und Respekt abzurufen.

Am zweiten Tage der Konferenz sprach Kollege Kobert in Augsburg, „Ueber die Gewinnung der Jugend“. Ausgehend von der alten Tradition, daß die Eltern wieder ihre Kinder, sobald sie an die Arbeit gehen müssen, in die konfessionellen Jugendvereine und in die christlichen Gewerkschaften schicken müssen, ist es Aufgabe der einzelnen Berufsorganisationen, die jungen Leute zu tüchtigen Berufskollegen heranzubilden. Gleichzeitig gibt es neben dieser Arbeit Schulung und Erziehung zu Gewerkschaftlern. In den letzten Jahren wurde unsere Jugend einseitig für den Sport in Anspruch genommen. Bei aller Anerkennung, die Jugend zu ermutigen, darf die religiöse und gewerkschaftliche Erziehung nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Es sind deshalb überall Jugendgruppen zu bilden. Redner gab Beispiele an, wie die Jugend zu praktischer Arbeit, erzogen werden kann. Er schloß mit den Worten:

Wenn einmal die Alten die Augen schließen, Und sinken die alten Kämpfer Ermüdet von dem Strang, Dann kommen neue Geslechter Und kämpfen ihn mutig aus.

Hierauf ergriß Kollege Otte das Wort zu seinem Vortrag und sagte, er wolle lieber etwas allgemein zu seinem Thema sprechen, weil die Frage des Damesgutachten immer noch sehr problematisch sei. Trotz aller Lasten, die uns auferlegt sind, wollen wir nicht pessimistisch sein. Zweifellos haben wir den kritischsten Zeitpunkt überwunden. Das Damesgutachten bedeutet gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt. Ist es auch raffiniert ausgeklügelt, aus der deutschen Wirtschaft das Letzte herauszuholen, so bedeutet das Gutachten doch immerhin eine Basis, auf die unsere Wirtschaft aufgebaut werden kann. Das Vertrauen im Ausland hat sich ganz bedeutend gehoben, die Ueberzeugung der Anleger hat das bewiesen. Die Opposition eines Teiles der Presse vor den Londoner Verhandlungen war gesund. Hingegen glaubt die Sozialdemokratie das Gutachten und andere französische Forderungen einfach zu schließen zu sollen. Was wurde nicht alles über den Ruhrkampf geschrieben! Richtig ist aber: „Dane Ruhrkampf kein Damesgutachten.“

Wie stellen wir uns zu den kommenden Dingen? Der Bericht der Industrie, die Lasten zuwälzen, ist sehr hart in den Vordergrund. Wir müssen ersicht auf der

Hut sein. Die Inflationszeit hat die Klassen der Gewerkschaften zerschlagen. Die Beitragsleistung muß wieder eine Höhe erreichen, um die Gewerkschaften schlagfertig zu machen. Die letzten Jahre brachten daran, daß keine Schulung der Mitglieder vorgenommen werden konnte. Das Eigenleben der christlichen Gewerkschaften muß gegenüber den Sozialdemokraten wieder viel stärker herausgehoben werden. Nicht die Menschen wollen wir bekämpfen, sondern die Einstellung der sozialistischen Bewegung. Wir sind eine Interessensvertretung, aber nicht klassenkämpferisch. Wir wollen, daß das Christentum praktisch gelebt wird.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß zuerst sozialistischer Trumpf war, und heute müssen wir sehen, daß die Reaktion den Trumpf ausspielt. Beides ist verwerflich. Wirtschaft und Sozialpolitik müssen in ein verträgliches Verhältnis gebracht werden. Der frühere Individualismus darf nicht wieder aufkommen.

Die Arbeitszeitverordnung haben die Arbeitgeber zum Lohndruck benützt. Wir verlangen, daß der Arbeitszeitgesetzentwurf dem Reichstag beschleunigt vorgelegt wird.

Im Interesse der Volksgemeinschaft wollen wir lebensfähige Arbeitsgemeinschaften. Die Gesundung muß von den Menschen kommen. Innere Bereidung und sittliche Kraft, ein Christentum der Tat.

Der Gedanke der Selbsthilfe und praktischen Nächstenliebe muß wieder in den Vordergrund gerückt werden. Wir sind eine Kampfbewegung im guten Sinne des Wortes.

Die Wahlen ergaben folgendes Bild: Bezirksleiter, Peter Geier; Stellvertreter, Joh. Rothbril; Bezirkskassierer, Franz Pfeiler; Revisor, Lorenz Striedl. In den Bezirksbeiträgen wurden gewählt die Kollegen: Franz Bayer, Hauptstetten; Franz Grumm, Füssen und Heinz Kraft, Forchheim. Sämtliche Kollegen wurden einstimmig gewählt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Geislingen b. Balingen. Eine würdige Feier zur Erinnerung an das 25-jährige Bestehen der christlichen Gewerkschaften beging das hiesige Ortskartell am Sonntag, den 12. Oktober. Kartellvorsitzender Joos begrüßte die zahlreich erschienenen christlichen Gewerkschaftler, sowie die Gäste, darunter den hochw. Herrn Ortspfarrer, indem er den Zweck des Tages beleuchtete. Nach einigen Musikstücken, die meisterhaft vorgetragen wurden, sprach ein Kollege einen Prolog, der viel Beifall fand.

Die Festrede hielt Bezirksleiter Kammerer von Stuttgart, der die Anwesenden im Geiste zurückführte in die Gründungszeit der christlichen Gewerkschaften, wo die christlich gestimmten Arbeiter unter unsagbaren Opfern erst das schaffen mußten, was sich im Verlauf eines Vierteljahrhunderts so glänzend bewährt hat. Da dachte der einzelne nicht in erster Linie an sich selbst und sein eigenes Wohlergehen, wie das in unserer heutigen materiellen Zeit leider vielfach der Fall ist, er war vielmehr durchglüht von dem eisernen Willen, zunächst dem Nebenmenschen und damit auch sich selbst zu helfen. Der Redner ging dann dazu über, die Lasten, welche der deutschen Industrie durch das Londoner Abkommen aufgebürdet werden, zu behandeln und zeigte die Gefahren, welche die Arbeitererschaft bedrohen, wenn es ihr nicht gelingt, die Abwälzung dieser Lasten auf die schwachen Schultern zu verhindern.

In den nachfolgenden Reden kam der Wille zum Ausdruck, die in Geislingen noch verhältnismäßig junge, christliche Gewerkschaftsbewegung auch in Zukunft durch alle Fährnisse hindurch zu steuern. Hoffen wir, daß dieses den tätigen Führern auch gelingt.

Neusalz (Ober). Am 23. Okt. feierte eine unserer eifrigsten und opferwilligsten Kolleginnen, Mathilde Röncke, ihr silbernes Arbeitsjubiläum. Aus diesem Anlaß wurden ihr seitens des Vorstandes, der Firma, sowie von ihren Verbandskolleginnen und sonstigen Mitarbeiterinnen die mannigfaltigsten Ehrungen zuteil, so daß sich für sie dieser Tag zu einem Festtag gestaltete. Wäre es der Kollegin, die den Wert und die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses schon lange vor November 1918 erkannt und danach gehandelt hat, vergönnt sein, noch eine Reihe von Jahren, bei bester Gesundheit, in ihrem Berufe zu wirken.

(Der Jubilarin auch unsere besten Glückwünsche. Verbandszentrale und Schriftleitung.)

Tiengen. Unsere Jubelfeier. Am Sonntag, den 28. Sept., veranstaltete die christliche Gewerkschaft aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften eine würdige Feier. Die Festversammlung, die abends 8 Uhr im Saale des „Hotel zum goldenen Löwen“ stattfand, war voll besucht. Gewerkschaftssekretär Frisch leitete die Feier und hielt auch die Festrede. Er verbreitete sich über die Bewegung der christlichen Gewerkschaften in den verflochtenen 25 Jahren, über die Ziele, Notwendigkeit und Bedeutung derselben. Es waren prächtige, verständige und begeisterte Worte, die Kollege Frisch zu den Anwesenden sprach. Hierauf folgte, von den Mitgliedern aufgeführt, das Theaterstück: „Der Glockenguß zu Breslau“. Zur Ausfüllung der Pausen dienten die mehrstimmig gesungenen Lieder des Jungfrauenchores und mehrere Geigen- und Klavierstücke von K. Schneider und H. Bach. Unsere Ortsgruppe hat mit dieser Feier einen vollen Erfolg erzielt. Darum auf zur weiteren gesegneten Arbeit auch in den kommenden Jahren!

Versammlungskalender.

Barmen. Am Montag, den 10. Nov., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Frisch Ebertstr. 12-14, Mitgliederversammlung. T. O.: „Arbeiterchulgesetz.“ Ref. K. Altfeld. Erscheinen Ehrenfache!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Steigende Preise und niedrige Löhne. — Arbeitgeberunfähigkeit über Lohnherabsetzungen und Preisabfall. — Endlich das Altheilmittel entdeckt. — Kongress des Parteilicherbandes kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands. — Sozialisierung und Arbeitsfrage. — Aus der Textilindustrie. — Lohn- und Arbeitsfreitragten: Unsere Stellungnahme zur Lohnfrage. — Aus den Verbandsbezirken: Glanzvolle Kundgebung des Eichsfeldes. — Von unserer Bezirksstagung in Münster. — Bezirkskonferenz M. Gladbach. — Die bayerische Bezirkskonferenz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Geislingen bei Balingen. — Neusalz (Ober). — Tiengen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33.